



Andreas Unterbergers

nicht ganz unpolitisches

Tagebuch

Zwischen Berlin und Sofia

Es gibt doch noch erfreuliche Nachrichten: Der sozialdemokratische Parteichef distanziert sich ausdrücklich von den Forderungen linker Radikalskis, die eine Senkung des gerade angehobenen Pensionsantrittsalters, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einen gesetzlichen Mindestlohn und überhaupt einen starken Sozialstaat fordern.

Einziger Nachteil: Die Geschichte spielt in Deutschland, nicht in Österreich.

Dort zeigt die SPD (auch ihre beiden potenziellen Kanzlerkandidaten Steinmeier und Müntefering bewegen sich auf der Linie Kurt Becks) mehr Zukunfts- und Verantwortungsbewusstsein als ein Großteil der österreichischen Politiker. Gratulation.

Wie würden heute die Nachtgedanken Heinrich Heines lauten? Vielleicht: Denk ich an Österreich in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht?

Wir könnten aber auch auf ein östliches Land blicken, etwa auf Bulgarien: Dort hat man die Steuerhöhe auf zehn Prozent limitiert, bei Einkommen wie bei Körperschaftssteuer – egal wie viel man verdient. Für die bei uns vorherrschende Meinung sollte ja allein der Gedanke an eine solche Flat tax als Verbrechen des Neoliberalismus streng bestraft werden (das freilich schon mehr als ein Dutzend europäischer Staaten begangen haben).

Auch den Bulgaren sind Probleme entstanden: Sie müssen nun über die Nutzung der mit der Flat tax entstandenen Budgetüberschüsse entscheiden.

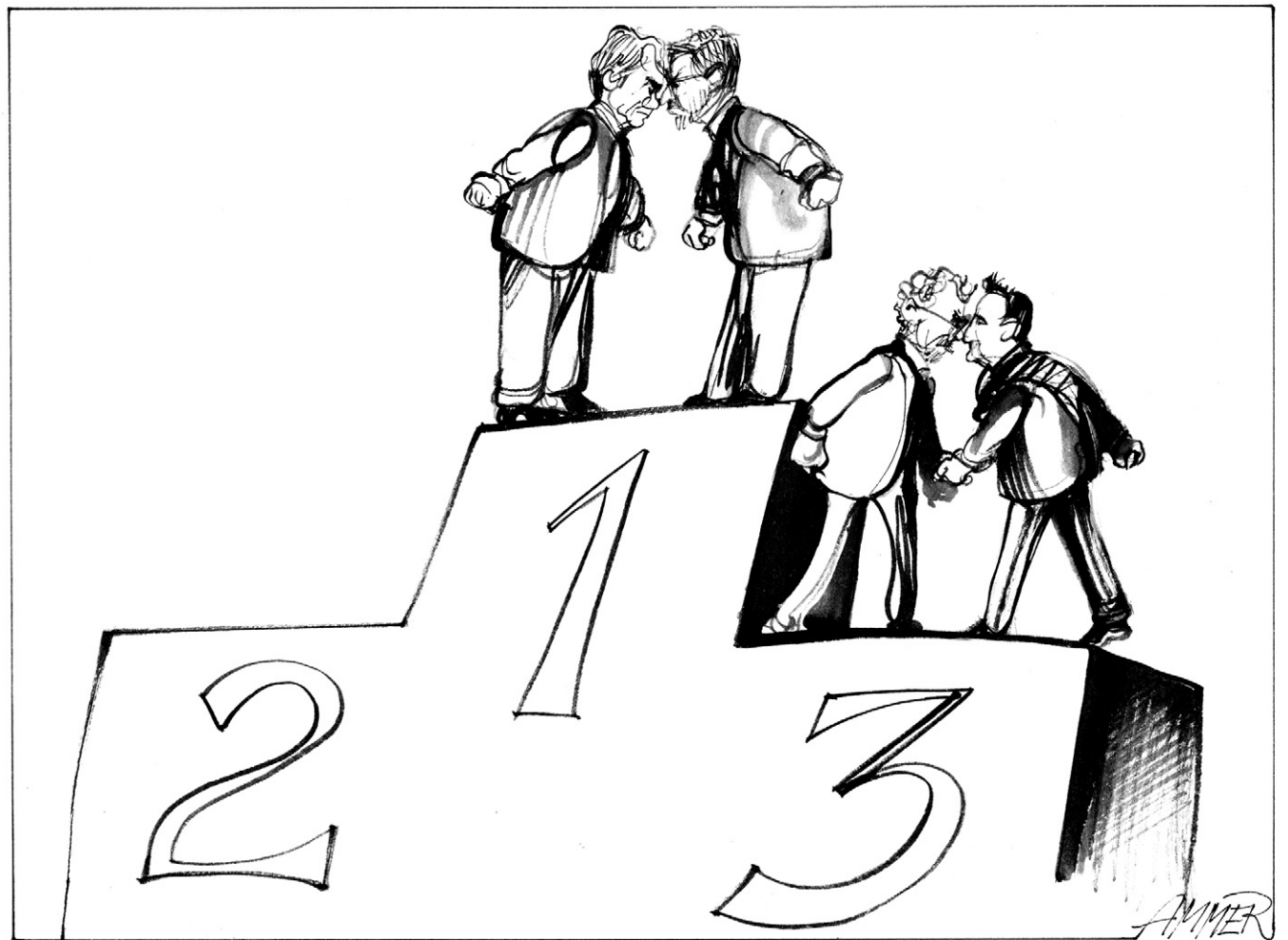
Bei uns hat das prinzipiell von Weltfremdheit geprägte Justizministerium vor kurzem ein neues Delikt strafbar machen lassen: Wenn eine Firma Festspiele oder einen Musikverein sponsern will und Geschäftsfreunde zu einem Konzert einlädt, macht sie sich der Korruption strafbar. Wieder ein Schritt weg vom Kulturland Österreich!

Nicht strafbar ist für die knallrot geführte Staatsanwaltschaft des gleichen Ministeriums hingegen, wenn die schuldengeplagten Asfinag- und ÖBB-Vorstände auf Kosten der Allgemeinheit millionenteure PR-Inserate für den Verkehrsminister an „Krone“ und „Österreich“ vergeben.

Es gilt also: Je größer der Stiefel, desto größer die Förderung. Oder: Es gibt Gleiche und noch Gleichere. Dieses Prinzip kannten übrigens schon die alten Römer. Siehe unter „Quod licet Iovi“ . . .

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/tagebuch
tagebuch@wienerzeitung.at

Der Kampf um die Plätze



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Wolfgang Ammer

■ Gastkommentar von Robert Boder

Der Mythos von der Einkommensschere



Welche Unternehmen sind es eigentlich, die laut Rechnungshofbericht weiblichen Mitarbeitern im Schnitt bis zu 40 Prozent weniger Entgelt zahlen? Die Antwort ist so komplex wie einfach: Es gibt sie nicht. Nicht im wirklichen Leben. Als Betriebsrat in einem Handelskonzern wurde ich von einer unserer Supermarkt-Kassiererinnen aufgefordert, diese Differenz aufzuklären. Es gab aber nichts zu klären, auch die männlichen Kassiere verdienen nicht mehr.

Und doch wird für den Handel 55 Prozent Einkommensdifferenz ausgewiesen. Selbst wenn nur Vollzeitbeschäftigte verglichen werden, bleibt der Abstand deutlich. Die Statistik Austria, die den Bericht erstellte, vermutet, dass „Faktoren wie Ausbildungs- und Qualifikationsmuster, Berufsbilder oder Unterschiede bei Kollektivverträgen doch schwerer wiegen als Arbeitszeit- und Saisoneffekte“. Gerade aus den Kollektivverträgen und Dienstzetteln wären die oft höher bezahlten Mechaniker, Elektriker oder das EDV-Personal ersichtlich. Während dem Filialpersonal im ersten Berufsjahr 1200 Euro brutto zustehen, müssen die Techniker, die in dieselben Be-

schäftigungsgruppen fallen, mit 150 Prozent und mehr überzahlt werden, um Abwandern zu verhindern.

Eine Anfragebeantwortung der Statistik Austria erüchtelt: „Im Rahmen des Allgemeinen Einkommensberichts ist es auch in Zukunft nicht vorgesehen, Kollektivvertrag oder die Berufsjahre in die Analyse mit einzubeziehen.“ Auch bestünde keine gesetzliche Grundlage zur

„Welche Unternehmen zahlen weiblichen Mitarbeitern im Schnitt bis zu 40 Prozent weniger? Es gibt sie nicht. Nicht im wirklichen Leben.“

Datenübermittlung aus den Betrieben, man müsse Lohnsteuerdaten, Daten der Sozialversicherungen und den Mikrozensus verwenden. So werden gering bezahlte Frauen mit besser bezahlten Männern verglichen, ohne Beschäftigungsgruppen und Berufsjahre zu kennen.

Frauenministerin Heidrun Silhavy kündigte unlängst an, dass man Mädchen in technische Berufe bringen möchte, um die Einkommensschere zu schließen.

Die Berufswünsche wären seit Jahrzehnten unverändert: Verkäuferin, Friseurin oder Bürohandelskauffrau.

Die Erfolgsaussichten sind eher gering. Schon vor 30 Jahren, während meiner technischen Ausbildung, wurde heftig um Mädchen geworben, um den drohenden Fachkräftemangel abzufangen. Siemens hatte damals einen Mädchenanteil von 10 Prozent. Heute sind es trotz Brigitte Ederer als Vorzeigefrau sieben Prozent.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, bei der Pressekonferenz „Soziale Sicherheit für Frauen“ gefragt, ob sie sich vorstellen könne, Mädchen per Gesetz in die besser bezahlten Berufe zu zwingen, wies dies zurück, man werde niemanden zwingen. Nicht ohne kurz vorher ein Gesetz für 40 Prozent Frauenquote in Aufsichtsräten gefordert zu haben.

Die Suche nach Kostenwahrheit wird das Thema in den nächsten Jahren vorantreiben. In der Schweiz wandern immerhin 50 Millionen Franken über Transferleistungen von den Männern zu den weniger verdienenden Frauen. Täglich. ■

Robert Boder ist Angestelltenbetriebsrat beim Handelskonzern Rewe.

gastkommentar@wienerzeitung.at

Zitate zum Mittwoch

„Sexualkunde an Schulen wird nicht meine Unterstützung finden.“
McCains Vize Sarah Palin

„Bristol und der junge Mann, den sie heiraten wird, werden bald erkennen, wie schwierig es ist, ein Kind großzuziehen.“
Erklärung der Familie Palin zur Schwangerschaft der 17-jährigen Tochter

„Das ist einer dieser Augenblicke in der Geschichte, in denen man Amerika den Vorrang geben muss.“
Der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain lässt wegen „Gustav“ die Eröffnung des Parteitag platzen

„Ich denke, dass die Familien der Leute tabu sind. Und die Kinder sind ganz besonders tabu.“
Der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama

„Die ÖVP wird noch einmal kräftig Gas geben, ich glaube nicht, dass die Schlacht für die Volkspartei schon verloren ist.“
Meinungsforscher Werner Beutelmeyer

„Alle 30 Österreicher, die in New Orleans registriert sind, haben sich bei uns gemeldet. Sie sind wohlauf und in Sicherheit.“
Peter Launsky-Tieffenthal, Sprecher des österreichischen Außenministeriums

„Wir haben eine der erfolgreichsten und am besten koordinierten Evakuierungen erlebt, die ich je gesehen habe.“
Direktor des US-Katastrophenschutzes Dave Paulison

„Es überleben nur die gerechten Ideen, die mit Tapferkeit, Würde und Festigkeit verteidigt werden.“
Fidel Castro

■ Irrgänge

Themenmissbrauch

Der Wahlkampf ödet Sie an? Dann stellen Sie sich bitte diesen Spruch vor: *Volle Härte bei Steuerbetrug!* Klingt knallig. Zornig. Rechtschaffen.

Nun leider: Dieses Plakat wird's nie geben. Weil wohl zu viel Wahlvolk den Fiskus prellt. Weil das Thema eigentlich doch schnarchfad ist. Und weil die ÖVP schon ihr eigenes Härte-Plakat affiziert hat: *Volle Härte bei Kindesmissbrauch.*

Ein Thema, das enttabuisiert gehört? Dessens Judikatur diskutierbar ist? Sicher. Ein Thema, das hier aber als Schreckgespenst Gassi geführt wird. *Volle Härte* ist ja auch kein Strafmaß. Sondern Ausfluss der Emotion. Womit hier aus Kindesmissbrauch – Themenmissbrauch wird.

Eigentlich gut, dass es das Steuerbetrug-Plakat nicht gibt. Weil es helfen würde, noch mehr Wahlplakate zu finanzieren. **Christoph Irrgeher**

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/satire
satire@wienerzeitung.at

■ Boberskis Limerick

Jetzt lächeln sie groß von Plakaten und – kleiner – auch auf Inseraten.
 Ist nicht jedes Mal die Wahl eine Qual – bei all diesen Prachtkandidaten?

Alle Beiträge dieser Seite geben ausschließlich die Meinung des betreffenden Autors wieder und müssen sich nicht zwangsläufig mit jener der Redaktion der „Wiener Zeitung“ decken.

■ Morgen in der Wiener Zeitung

Ein Fall für die Schwergewichte: In den USA beginnt die Saison im American Football.